



Und so ging es nach den angekündigten Kürzungen weiter:

Ganz aktuell erreichte uns ein Brief aus der Senatsverwaltung für Gleichstellung, in dem uns mitgeteilt wurde, dass wir die Anträge mit den ursprünglich geplanten Summen stellen können. Eine Genehmigung erfolgt vorbehaltlich des bestätigten Haushalts 2022.

Damit sind die Kürzungen noch nicht ganz vom Tisch, denn der Haushalt wird erst durch das neue Parlament im nächsten Jahr beschlossen, bis dahin ist nichts sicher.

Und was ist die Zwischenbilanz? Es hat uns zunächst einmal enorm viel Kraft gekostet, um den Stand wiederherzustellen, den wir schon einmal vor dem Sommer hatten. Es bleibt empörend, in welcher unwürdigen Art und Weise die Senatsverwaltung für Gleichstellung mit uns umgegangen ist, welche Geringschätzung sie unserer Arbeit entgegengebracht hat. Es ist das falsche Signal, uns in der Pandemiezeit eindringlich zu bitten, weiterhin unsere sozialen Angebote aufrecht zu halten, um damit die Grundversorgung in Berlin sicherzustellen, um uns dann die Gelder für genau diese Arbeit zu streichen. Unser Hauptproblem (befristete, instabile Zuwendungen, eine schlechte Bezahlung von erbrachten Fachleistungen, eine ungenügende personelle Ausstattung) ist damit noch nicht gelöst. Berlin hat eine soziale Verantwortung für seine hier lebenden Bürger:innen, die wir nur gemeinsam tragen können. Wir leisten unseren Teil mit großer Verantwortung und Leidenschaft, jetzt sind Politik und Verwaltung aufgefordert, ihren Beitrag auch zu leisten.

Wir danken allen, die uns in der Zwischenzeit mit Anrufen, Briefen, E-Mails ermutigt und unterstützt haben, das tat wirklich gut und hat uns sehr darin bestärkt, weiter zu kämpfen.